



© Salvadore Brandt

[Hier](#) geht es zum WELT-Interview

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ausgang dieser Krise hängt maßgeblich vom Beitrag jedes einzelnen ab. Ein erfolgreiches Krisenmanagement erfordert jetzt daher klare und eindeutige Regeln, die jeder versteht und die jeder bereit ist, mitzutragen. Regeln, die zwar Disziplin abverlangen, die aber auch unseren notwendigen Bedürfnissen nach sozialen Kontakten und nach Abwechslung gerecht werden und sich im Alltag bewähren. Kurzum: Sie müssen unsere Lebenswirklichkeit widerspiegeln.

In Bundestag und Landtagen sitzen Eltern, Unternehmer, Lehrer, Landwirte... – ein Abbild unserer Gesellschaft. Sie wissen aus den vielen Gesprächen der letzten Monate und Wochen in ihren Wahlkreisen um die Bedürfnisse der Menschen. Die maßgeblichen Entscheidungsfindungen in der Krise müssen daher in die Parlamente zurückverlagert werden.

Zudem ist es an der Zeit, die Funktionalität unseres Föderalismus auf den Prüfstand zu stellen. Gerade Ausnahmesituationen wie diese erfordern einfache Entscheidungsstrukturen und einen sicheren Rechtsrahmen, damit der Staat reaktions- und handlungsfähig bleibt. Die Komplexität einer Krise darf uns nicht in Effizienz und Geschwindigkeit bremsen. Stattdessen muss es möglich sein, jede Ressource auf jeder staatlichen Ebene von der Kommune bis zum Bund effektiv einzubinden.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Besserer Schutz für unsere Schwächsten	2
Über eine Million Euro für den Breitbandausbau in der Stadt Hof	2
Weichenstellung für die Zukunft Europas	3

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Besserer Schutz für unsere Schwächsten

Nach langem Ringen und beharrlichem Einsatz ist uns endlich der Durchbruch gelungen: In dieser Woche konnte das „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden, mit dem insbesondere die geltenden Straftatbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern verschärft werden.

Der Kindesmissbrauch wird künftig als Verbrechen geahndet, das heißt es droht eine Freiheitsstrafe im Mindestmaß von einem Jahr. Die Umsetzung dieser jahrelangen Forderung der CDU/CSU-Fraktion hat auch zur Folge, dass Bewährungsstrafen fortan die Ausnahme bilden werden und Richter leichter Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung anordnen können. Außerdem werden künftig auch Verbreitung, Besitz und Besitzverschaffung von Kinderpornografie im Strafgesetzbuch als Verbrechen eingestuft.

Genauso wichtig ist die Verhinderung künftiger Straftaten. Daher bekommen gefährliche Wiederholungstäter künftig einen lebenslangen Eintrag ins erweiterte Führungszeugnis. Damit wird sichergestellt, dass gefährliche Täter nicht mehr in der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit, also zum Beispiel in den Sportvereinen, tätig sein können.

Über eine Million Euro für den Breitbandausbau in der Stadt Hof

Mit einer Förderung aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird der Weg für die Finanzierung des weiteren Breitbandausbaus in bisher unterversorgten Gebieten der Stadt Hof geebnet. Ziel der Maßnahme ist es, alle Haushalte im Projektgebiet mit einer Bandbreite von mindestens 1 Gigabit/s zu versorgen.

Die Bewilligung erfolgt im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“.

Den Bescheid in „vorläufiger Höhe von bis zu 1.057.461,00,- Euro“ wurde mir von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer mit der Bitte um Weitergabe an die Stadt Hof überreicht.



Übergabe des Bescheids an die Hofer Oberbürgermeisterin Eva Döhla im Hofer Rathaus.



Weichenstellung für die Zukunft Europas

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum Beschluss des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der EU beschlossen. Dieser Beschluss regelt die Finanzierung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 der EU sowie des Corona-bedingten Aufbauinstruments "Next Generation EU".

Insgesamt werden der EU bis 2027 rund 1,8 Billionen Euro für den EU-Haushalt und den Wiederaufbaufonds zur Verfügung stehen. Diese Summen bilden die Grundlage für die EU und ihre Mitgliedstaaten, aus der Krise wieder herauszukommen.

EU-Kommission, Europäischem Parlament und Europäischem Rechnungshof wird damit große Verantwortung übertragen. Sie müssen sicherstellen, dass das Geld zweckgerecht für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg eingesetzt wird und zügig abfließt. Jahrelange Verzögerungen bei der Umsetzung sind zu verhindern. Wir brauchen eine schlagkräftige EU, die zielstrebig an ihrer eigenen Souveränität in Wirtschaft, Gesundheit, Nachhaltigkeit, Forschung und Verteidigung arbeitet. Je stärker Europa ist, umso stärker kann Deutschland sein, das schon heute der größte Profiteur des EU-Binnenmarkts und der Währungsunion ist.

Zusätzlich haben wir die Bundesregierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag regelmäßig, zeitnah und umfassend über den Entwicklungsstand des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ zu berichten. Dabei sollen insbesondere die europäische Kreditaufnahme, die geplanten und tatsächlichen Mittelverwendung der Aufbau- und Resilienzfazilität, die Entscheidungen im Wirtschafts- und Finanzausschuss bzw. im Europäischen Rat sowie der Sachstand bei den neuen Eigenmittel-Arten beleuchtet werden.

Deutscher Mobilitätspreis 2021 – „intelligent unterwegs: Daten machen mobil“

Wer innovative und kreative Ideen hat, die zeigen, wie man durch Teilen, Tauschen und Veredeln von Daten aus unterschiedlichsten Quellen innovative Mobilitätsangebote im Güter- und Personenverkehr verwirklichen kann, hat noch bis zum 29. März die Möglichkeit, sich beim Deutschen Mobilitätspreis 2021 zu bewerben.

- In einem **Best-Practice-Wettbewerb können Unternehmen, Start-ups, Städte und Gemeinden, Universitäten Forschungsinstitutionen** mit Sitz in Deutschland mit ihren bereits erfolgreich umgesetzten Leuchtturmprojekten und Prototypen teilnehmen.
- In einem **Ideenwettbewerb können sich Bürgerinnen und Bürger** mit kreativen Vorschlägen bewerben, wie die intelligente Nutzung bzw. die neuartige Kombination von Daten zu einem verbesserten Mobilitätsangebot führen kann.
- Außerdem wird in diesem Jahr zum zweiten Mal ein Sonderpreis in der **Kategorie „Bürgerschaftliches Engagement im Mobilitätsbereich“** vergeben.

Alle Informationen zum Wettbewerb finden Sie online unter www.deutscher-mobilitätspreis.de





Dr. Hans-Peter Friedrich
Ihr Bundestagsabgeordneter

Brief aus Berlin

Newsletter

Nr. 51 26.03.2021

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,
Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat

